

Sachsens CDU fürchtet um Garnisonen

Gespräch mit Guttenberg über Bundeswehrreform

VON HUBERT KEMPER

Frankenberg. Politiker der sächsischen CDU und hiesige Verantwortliche der Bundeswehr haben vor weiteren Garnisonsschließungen in Sachsen gewarnt. Hintergrund ist die geplante Reform der Bundeswehr, die unter anderem eine erhebliche Verringerung der Truppenstärke vorsieht. Das Thema bestimmte eine zweistündige Diskussionsveranstaltung mit Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) in Frankenberg, zu der Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) eingeladen hatte.

Wichtigstes Argument der sächsischen Politiker und Bundeswehrangehörigen aus Frankenberg: Kein Bundesland beherbergt in seinen Garnisonen so wenig Soldaten wie der Freistaat. Derzeit sind es 4800. Dabei sind andererseits junge Sachsen überproportional stark in der Bundeswehr, auch in schwierigen Auslandsmissionen, vertreten.

Nach Angaben von Teilnehmern der nur CDU-Mitgliedern vorbehaltenen Veranstaltung am Freitagabend hörte Guttenberg den Ausführungen aufmerksam zu, vermied aber konkrete Zusagen mit Verweis auf nicht abgeschlossene Entscheidungsprozesse. Eine Standort-Reduzierung sei mit der geplanten Reform aber unausweichlich.

Guttenberg hatte sich auf der Veranstaltung erfreut gezeigt, dass die sächsische Union seine Reformpläne, die einen Umbau zur Freiwilligenarmee und eine Aussetzung der Wehrpflicht vorsehen, unterstütze. Er selbst habe sich von einem überzeugten Anhänger der Wehrpflicht zum Verfechter einer Freiwilligenarmee gewandelt. Als Begründung führte der Minister an, dass nur noch 17 statt früher bis zu

60 Prozent der Wehrpflichtigen eingezogen würden. Über 27 Prozent der jungen Männer leisteten inzwischen Zivildienst. Auch habe sich die Bedrohungslage geändert. Mit einem Angriffsszenario aus dem Osten sei heute nicht mehr zu rechnen. Eine Bedrohung bildeten dagegen Raketen und Terroristen. Statt Panzer und Haubitzen seien deshalb Spezialisten in Uniform gefragt.

Auf eine Armee könne Deutschland aber nicht verzichten, betonte Guttenberg auch mit Blick auf Bündnisverpflichtungen in der Nato. Die komplette Abschaffung der Wehrpflicht komme für ihn ebenfalls nicht infrage, da sie im Grundgesetz fest verankert sei. Deshalb solle die Wehrpflicht nur ausgesetzt werden. Als Untergrenze für eine künftige Freiwilligenarmee nannte der Verteidigungsminister 165.000 Soldaten, er selbst strebe bis zu 180.000 an. Derzeit umfasst die Gesamtstärke rund 220.000 Militärs und Zivilisten, davon sind 7000 Soldaten im Auslandseinsatz.

Bundesweit stoßen Guttenbergs Pläne nicht nur auf Zustimmung. Kritiker werfen ihm vor, er peitsche die Dezimierung der Truppenstärke und die Aussetzung der Wehrpflicht, die praktisch einer Abschaffung gleichkomme, durch die parlamentarischen Gremien, ohne das Ergebnis der im April eingesetzten Wehrstrukturkommission abzuwarten. Der Vorwurf kommt nicht zuletzt von Militärs. Der ehemalige Generalinspekteur Klaus Naumann meint: „Guttenberg hat die Diskussionen vom Kopf auf die Füße gestellt.“ Die sechsköpfige Bundeswehrstrukturkommission untersucht, wie die Bundeswehr neu aufgestellt, ausgerüstet und für Auslandseinsätze fit gemacht werden kann. Ergebnisse werden spätestens im November erwartet. (mit dapd)